



Vorsicht, deutsche Geisterfahrer!

Von Eric Bonse | 25.8.2022

Die Gasumlage erhitzt die Gemüter, auch in Brüssel. Dabei liegt das eigentliche Problem ganz woanders: Berlin blockiert Reformen auf dem europäischen Energiemarkt - und verhindert den überfälligen Preisdeckel.

Alle reden über die Gasumlage. Die umstrittene, milliardenschwere Opfergabe, die den deutsch-finnischen Energiekonzern Uniper vor der selbst verschuldeten Pleite retten soll, hat sogar die EU-Kommission aus dem Sommerschlaf gerissen.

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) wollte bei der Umlage auf die Mehrwertsteuer verzichten - und holte sich eine blutige Nase. Die EU-Regeln sähen keine Ausnahme vor, erklärte Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni. Allenfalls könne Lindner den Steuersatz senken. Das tat die Bundesregierung denn auch - was prompt neuen Streit auslöste. Die einen empörten sich über die (angebliche) Regulierungswut der EU, die anderen über den (manifesten)

Dilettantismus der Bundesregierung und die - immer noch unzureichenden - Entlastungen.

Kaum erwähnt wurde jedoch der Sonderweg, den Deutschland in der Energiekrise geht. Die Gasumlage ist nur das jüngste Beispiel für diesen gefährlichen Alleingang - das größte EU-Land ist zum Geisterfahrer der europäischen Energiepolitik geworden. Deutschland treibt mit seiner Umlage nicht nur den Gaspreis in die Höhe, was die Inflation anheizt und der Politik der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission zuwider läuft: Beide wollen die Preise drücken.

Berlin blockiert auch Reformen am europäischen Energiemarkt und verhindert den längst überfälligen Preisdeckel aus Gas und Strom - und das seit Monaten. Nicht einmal der Regierungswechsel hat zu einer Kurskorrektur geführt.

Alles begann im Herbst 2021, viele Monate vor dem Ukraine-Krieg. Schon damals schoss der Gaspreis, getrieben von Spekulation auf dem wichtigsten europäischen Handelsplatz TTF, durch die Decke. Schon damals wurde der Ruf nach Krisenhilfen laut. Die Preiskrise überschattete den EU-Gipfel im Oktober letzten Jahres, Spanien und Griechenland forderten bessere Regulierung und staatliche Hilfen. Doch Deutschland sträubte sich gegen Markteingriffe und verhinderte eine Reform.

Seither vergeht kein EU-Gipfel, ohne dass die Gaskrise für hitzige Diskussionen sorgte. Im März legte der griechische Regierungschef Kyriakos Mitsotakis einen Sechs-Punkte-Plan vor. Seine Hauptforderung: Ein Preisdeckel beim Gas. Doch wieder war Deutschland dagegen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) setzte die marktliberale Politik seiner Amtsvorgängerin Angela Merkel (CDU) nahtlos fort und wehrte alle Vorstöße aus Athen, Madrid oder Paris ab.

Mehr Markt, weniger Dirigismus, heißt es in Berlin. Auch der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist auf Linie. Genau wie Lindner und andere Ordoliberaler setzt Habeck auf das „Preissignal“, das von den Märkten ausgeht und nicht nur zu Einsparungen, sondern indirekt auch zum Klimaschutz beitragen soll. Doch wenn die Marktpreise durch die Decke gehen und sich von der Realität abkoppeln, ist die erwünschte Steuerungswirkung dahin. Dann trägt der Markt nicht zu einer rationalen Wahl, sondern zu Krise und Chaos bei, wie derzeit zu sehen.

Mittlerweile ist nicht nur der Gasmarkt außer Rand und Bank, auch beim Strom geht nichts mehr. „Strompreis knallt über 700 Prozent rauf“, empört sich die „Bild“-Zeitung. Sie gibt Frankreich die Schuld, weil dort viele Atomkraftwerke ausfallen und Strom aus Deutschland importiert wird. Dabei ist auch der „Strom-Schock“ eine, wenn auch indirekte, Folge des dysfunktionalen europäischen Marktdesigns. Der Strompreis ist durch einen komplizierten Mechanismus, den so genannten Margin Call, an den Gaspreis gekoppelt. Deshalb kennt auch er nur noch eine Richtung: nach oben.

Mit jedem Preissprung wird der Ruf nach Reformen lauter. Doch bisher spricht nichts dafür, dass die (deutsche) Blockade in Brüssel gelöst wird. Die EU-Kommission hat zwar eine Untersuchung eingeleitet, um schädliche Effekte des Marktdesigns zu mindern. Geschehen ist jedoch nichts. Dasselbe gilt für den Preisdeckel, über den die EU nun schon seit einem Jahr diskutiert. Die Brüsseler Behörde prüft zwar verschiedene Optionen. Doch im Notfallplan Gas, der im August beschlossen wurde, ist die Deckelung nicht enthalten.

Berlin steht weiter auf der Bremse. Lange wird die Bundesregierung ihren Sonderweg allerdings nicht mehr durchhalten können. Denn Deutschland ist zunehmend isoliert. Schon neun EU-Länder haben einen Preisdeckel für Strom oder Gas eingeführt. Und der tschechische EU-Vorsitz erwägt einen Sondergipfel, bei dem es ebenfalls um Preisobergrenzen gehen soll.

„Der Markt ist bis zu einem gewissen Grad außer Kontrolle geraten, die Marktvolatilität reagiert nicht mehr auf gute Nachrichten, sondern nur noch auf schlechte Nachrichten, die die Preise in die Höhe treiben“, sagte der tschechische Industrieminister Jozef Sikela.

„Das ist ein Problem in ganz Europa, und wenn man einen europäischen Markt und ein europäisches Problem hat, dann kann die einfachste Lösung auf europäischer Ebene gefunden werden“, fügte er hinzu. Das klingt vernünftig, Sikela glaubt eine Mehrheit der EU-Staaten auf seiner Seite.

Nun muss er nur noch Scholz und Habeck überzeugen...